

## Niederschrift

über die 22. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

---

–

**Sitzungstag:** Donnerstag, 18.03.2010  
**Sitzungsort:** Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1  
**Sitzungsdauer:** 19:00 Uhr bis 20:55 Uhr

### Anwesend sind:

Vorsitzender Gerhard Ratzel

Bürgermeister Gerhard Böhling

Ratsmitglieder Heide Bastrop, ,Bödecker, Borkenstein, Buß, Eggerichs, Eggers, Dr. Eickelberg, Fischer, Freygang, Gamperl, Groenhagen, Homfeldt, Jongebloed, Just, Kathmann, Knefelkamp, Köhn, König, Labeschautzki, Limberg, Ottens, Riemer, Schauderna, Schmitz, Schüder, Schwitters, Sutorius, Torkler, Ufken, Wolken

Es fehlen entschuldigt: RM Müller, Schneider, Thiesing

Von der Verwaltung  
nehmen teil: StD Anja Müller  
VA Marianne Poppinga  
VA Holger Rabenstein  
StAR Elke Idel

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung  
RV Ratzel eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  
RV Ratzel stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil  
RV Ratzel stellt die Tagesordnung fest.
4. Genehmigung der Niederschrift vom 10. 12. 2009 - öffentlicher Teil  
Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

5.1. Herr Retsch stellt betr. der Verordnung über das Mitführen von Hunden folgende Anfrage:

Wie hat die Stadt die Verordnung überwacht, wie viele Feststellungen gab es, gibt es darüber ein Protokoll und wurden Ordnungsmaßnahmen ausgesprochen?

VA Rabenstein erklärt, dass die Stadt zum 01. 01. 2010 zwei Ordnungskräfte eingestellt hat, die jeweils mit 7 Stunden pro Woche eingesetzt waren. Aufgrund der Wetterlage konnten die Schilder an der Parkanlage noch nicht aufgestellt werden, daher konnten bisher auch keine Kontrollen in Sachen Hundehaltung durchgeführt werden. Viele Hundehalter wurden in den Parkanlagen schon angesprochen, wobei aber nur punktuell kontrolliert werden kann. Entsprechende Merkblätter sind nicht nur an die Hundehalter verteilt worden, sondern über Schortens aktuell an alle Haushalte, damit eine umfassende Information aller Bürger erfolgt. Bisher wurden von den Ordnungskräften umfangreiche Kontrollen betr. Winterdienst durchgeführt, da das auch erforderlich war.

BM Böhling führt aus, dass gerade in diesem Winter wegen Reinigungspflicht der Gehwege 172 Erinnerungen an die Haushalte gegeben wurden. Betreffend Einhaltung der Räumspflicht wurden von den Ordnungskräften 70 Gespräche geführt. Weiter wurde der Aufgabenbereich ruhender Verkehr überprüft und hier wurden 155 Hinweise - zunächst ohne Verwarngelder – gegeben, weil es sinnvoll ist, die Bürgerinnen und Bürger zunächst auf ihr Fehlverhalten hinzuweisen.

5.2. Herr Retsch stellt zum Thema Sonnenfond der Stadt Jever folgende Anfrage:

Ist so ein Sonnenfond auch seitens der Stadt Schortens möglich und angedacht und gibt es dafür entsprechende Flächen.

BM Böhling erklärt, dass in Schortens schon entsprechende Dachflächen verpachtet wurden, bevor es die Maßnahme in Jever gegeben hat, und zwar beim Feuerwehrhaus Schortens und der Grundschule Schortens in der Plaggestraße. Hierfür bekommt die Stadt jedes Jahr einen entsprechenden Erlös. Seinerzeit wurden alle öffentlichen Dachflächen überprüft, aber lediglich diese zwei Dachflächen waren entsprechende geeignet.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Bebauungsplan Nr. 38 "Oldenburger Straße"

Für die Neufassung des Bebauungsplanes Nr. 38 „Oldenburger Straße“ wurde zwischenzeitlich im Verwaltungsausschuss die öffentliche Auslegung beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst im Wesentlichen den Bereich Oldenburger Straße und

Bahnhofstraße sowie die Ladestraße und damit den künftigen Haupteinfahrtsbereich in die Stadt Schortens. Aus diesem Grund haben bereits mehrfach öffentliche Planungsausschusssitzungen zu der Thematik stattgefunden. Die öffentliche Auslegung zur Neufassung dieses Bebauungsplanes findet nunmehr in der Zeit vom 12. 04. bis 11. 05. 2010 statt.

Darüber hinaus ist aufgrund der Wichtigkeit des Vorhabens für die Entwicklung der Stadt Schortens eine öffentliche Bürgerinformationsveranstaltung am Montag, den 19. 04. 2010 im Bürgerhaus vorgesehen. Hierzu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen. Wir werden vorher über die Presse nochmals auf den Termin hinweisen.

## 6.2. Bahnanbindung Jade-Weser-Port

Derzeit laufen bereits die Ertüchtigungsarbeiten für die Bahnanbindung zum Jade-Weser-Port im Bereich Accum. Hierzu fand vor kurzem eine öffentliche Informationsveranstaltung der Bahn in Accum statt. Für den Bereich Accum wurden uns Lärmschutzmaßnahmen zugesagt. In einem separaten Verfahren werden derzeit durch die Bahn Schallprognosen bezugnehmend auf das Jahr 2025 entwickelt und uns anschließend die Ergebnisse vorgelegt. Wir werden diese dann in den zuständigen städtischen Gremien unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beraten.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist auch bei einer Informationsveranstaltung im FRR-Pavillon, dem früheren Bürgerhaus in Sande, am Donnerstag, dem 15. 04. 2010 ab 18.00 Uhr gefragt. Hierzu hat die Gemeinde Sande die Stadt Schortens eingeladen. Die Einladung habe ich zwischenzeitlich an den Bürgerverein Roffhausen-Middelsfähr übersandt. Daneben sind natürlich auch insbesondere die Bürgerinnen und Bürger, die von der künftigen Bahnumgehung Sande betroffen sind, herzlich zu dieser öffentlichen Informationsveranstaltung eingeladen. Diese Informationsveranstaltung ist ein bislang noch nicht eingeleitetes Planfeststellungsverfahren für die Bahnumgehung Sande vorgeschaltet.

## 6.3. Bebauungsplan Diekenkamp

Für den Bebauungsplan Nr. 115 „Diekenkamp“ wurde zwischenzeitlich ein Aufstellungsbeschluss gefasst. Dieser Bebauungsplan soll aus städteplanerischer Sicht Festsetzungen für die Errichtung von betreutem Wohnen, Wohnhausbebauungen sowie Hausgruppen und einen Mehrgenerationenplatz treffen. Aufgrund dieser Beschlusslage wird zurzeit der Vorentwurf dieses Bauleitplans unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten erarbeitet. Zeitgleich werden von den Investoren Grunderwerbsverhandlungen geführt. Sobald der Planentwurf und die Sondierungsgespräche abgeschlossen sind, wird der Vorentwurf zur Anerkennung im Planungsausschuss vorgestellt. Insbesondere mit Blick auf die demografische Entwicklung ist das für unsere Stadt ein sehr interessantes Vorhaben.

#### 6.4. Kündigung Abwasserbeseitigungsvertrag durch die Stadt Wilhelmshaven

Die Stadt Wilhelmshaven hat den seit 1994 bestehenden Vertrag zur Einleitung des Abwassers von der Stadt Schortens nach Wilhelmshaven in die dortige Zentralkläranlage fristgerecht zum 31. 12. 2014 vorsorglich gekündigt. Hintergrund für die Kündigung ist im Wesentlichen, dass die Stadt Wilhelmshaven eine Neuregelung der Abwasserbeseitigung mit dem Ziel anstrebt, dass die Stadt Schortens einen höheren Kostenanteil - dabei geht es derzeit um einen Betrag von ca. 200.000 € pro Jahr - trägt.

#### 6.5. Klage der EWE wegen Gaseinbehalt / Konzessionsvertrag

Seit August 2005 zahlt die Stadt Schortens an die EWE Rechnungsbeträge für Gas bekanntlich nur eingeschränkt. Zwischenzeitlich hat die EWE vor dem Landgericht Oldenburg Klage gegen die Stadt Schortens auf Zahlung eines Betrages in Höhe von ca. 190.000 € erhoben. Hierbei handelt es sich um die einbehaltenen Gasbeträge für den Zeitraum von Sommer 2005 bis Mitte 2008. Die Städte und Gemeinden Borkum, Moormerland und Rhaderfehn, die ebenfalls nur reduzierte Rechnungsbeträge für Gas überweisen, haben sich absprachegemäß solidarisch erklärt und ihre Beteiligung an den Kosten des Rechtsstreits zugesagt.

Bekanntlich läuft der Konzessionsvertrag mit der EWE zum 31.12. 2010 aus. Wir werden in den nächsten Monaten, insbesondere in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wangerland aber ggfs. auch in Zusammenarbeit mit weiteren Städten und Gemeinden, das weitere Vorgehen intensiv besprechen. Unter intensiver Einbeziehung der Ratsgremien sind ganz grundsätzliche Weichenstellungen zur künftigen Gestaltung der Energieversorgung in unserer Stadt zu treffen.

#### 6.6. Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wangerland

Aufgrund entsprechender Beschlüsse unserer jeweiligen Gremien wird Herr Frank Schweppe ab dem 01. 04. 2010 die Leitung des Bauhofes der Gemeinde Wangerland vorerst befristet bis Ende 2010 übernehmen. Ein entsprechender Personalgestellungsvertrag wurde zwischenzeitlich unterzeichnet. Damit wird auch nach außen dokumentiert, dass die Baubetriebshöfe der Stadt Schortens und der Gemeinde Wangerland künftig enger zusammenarbeiten wollen. Nach wie vor stehen sowohl die Gemeinde Wangerland als auch die Stadt Schortens möglichen weiteren kommunalen Partnern offen gegenüber.

#### 6.7. Neubenennung Sporthalle

Die neu errichtete Sporthalle an der Grundschule Jungfernbusch trägt nach einem Vorschlag des Schulvorstandes der Schule und nach Abstimmung mit dem Landkreis Friesland künftig offiziell die Bezeichnung Sporthalle Jungfernbusch. Die bisher so betitelte Sporthalle an der Außenstelle des Mariengymnasiums trägt künftig den Namen Sporthalle am Mariengymnasium in Schortens.

## 6.8. Baumaßnahmen

Zu den Baumaßnahmen ist zu berichten, dass der Endausbau mit Rad- und Gehwegen, Straßenbeleuchtung und abschließender Straßendecke für den Jade-Weser-Park im April begonnen wird.

Der Erstausbau der Zuwegung für das Projekt „GPS/Lebensweisen“ ist als Schotterweg fertig gestellt. Aktuell wird zurzeit noch ein Beleuchtungskabel verlegt. Der Endausbau mit einer Asphaltdecke ist für Herbst 2010 vorgesehen.

Der im Herbst 2009 begonnene Neuausbau der Bahnhofstraße wird voraussichtlich Anfang April fortgesetzt.

Seit der letzten Ratssitzung im Oktober sind 25 Bauanträge, davon 8 für Wohnhäuser, eingegangen.

## 7. (Neu-)Feststellung des stv. Vorsitzenden im Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus **SV-Nr. 06//0701**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**RM Wolfgang Ottens wird als stellvertretender Vorsitzender für den Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus bestimmt. Diese Änderung wird vom Rat so festgestellt.**

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

## 8. Neubesetzung der beratenden Mitglieder für den Jugend- und Sozialausschuss **SV-Nr. 06//0716**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Als beratendes Mitglied und stellv. beratendes Mitglied für den Jugend- und Sozialausschuss werden benannt:**

**1. Martina Hohmann (als Vertreterin des Stadtelternrates der Kindertagesstätten)**

**2. Jörg-Carsten Hinrichs (als stellv. Vertreter des Stadtelternrates der Kindertagesstätten.)**

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

## 9. Wechsel im Vorsitz der FDP/UWG/FdU-Gruppe **SV-Nr. 06//0769**

Mit Schreiben vom 09. 03. 2010 wurde von der FDP/UWG/FdU-Gruppe mitgeteilt, dass der Gruppenvorsitz künftig von Herrn Peter Gamperl wahrgenommen wird. Vertreter sind Herr Gerhard Ratzel und Frau Doris Wolken.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

10. Vorlage des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 02. 12. 2009

10.1. Eckwerte Teilhaushalt 11 - Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung;  
hier: Verlängerung der Richtlinie zur Familienförderung beim Kauf von  
Baugrundstücken **SV-Nr. 06//0657**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die Richtlinie zur Familienförderung beim Kauf von  
Baugrundstücken für selbst genutzte Wohnhäuser wird bis  
31.12.2011 unter Zurverfügungstellung entsprechender  
Haushaltsmittel verlängert.**

RM Freygang erklärt, dass man entsprechend den Leitlinien der Stadt familienfreundlich bleiben will und die Bürger motiviert werden sollen, sich in Schortens anzusiedeln. Daher hält seine Fraktion die Verlängerung der Richtlinien für notwendig. Er bittet um Zustimmung.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

11. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 23. 02. 2010

11.1. Delegation der Zuständigkeiten bei der Annahme von Spenden **SV-Nr. 06//0741**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Gemäß § 25 a Absatz 2 Gemeindehaushalts- und  
Kassenverordnung delegiert der Rat die Annahme von  
Spenden/Zuwendungen im Sinne des § 83 Absatz 4  
Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) bis zu einer Höhe von  
2.000 Euro auf den Verwaltungsausschuss. Unverändert bleibt die  
Mitteilungspflicht an die Kommunalaufsicht.**

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

12. Vorlagen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 24. 02. 2010

12.1. Bericht des Kommunalprüfungsamtes über die am 10.11.2009  
durchgeführte unvermutete örtliche Kassenprüfung **SV-Nr. 06//0684**

RM Freygang erklärt, dass die Prüfung keine Beanstandungen ergeben hat. Das Kassenwesen der Stadt wird ordentlich geführt. Hierzu gilt der besondere Dank seiner Fraktion an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

**Der Bericht vom 18.11.2009 des Prüfungsamtes des Landkreises  
Friesland über die unvermutete örtliche Kassenprüfung vom**

**10.11.2009 wird zur Kenntnis genommen.**

12.2. Jahresrechnung 2008 und Entlastung des Bürgermeisters **SV-Nr. 06//0685**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die Jahresrechnung der Stadt Schortens für das Haushaltsjahr 2008 wird in der vorliegenden Fassung gem. § 101 Abs. 1 NGO beschlossen. Die Entlastung des Bürgermeisters gem. § 101 Abs. 1 NGO wird erteilt.**

RM Freygang führt aus, dass in den Sitzungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses die einzelnen Deckungsgrade besonders beleuchtet wurden, z. B. beim Freizeitbad und bei der Bücherei. Das muss sicher auch künftig erfolgen. Insgesamt bestehen gegen die Erteilung der Entlastung des Bürgermeisters keinerlei Bedenken, daher bittet er um Zustimmung.

Bürgermeister Böhling hat an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt nicht teilgenommen.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

12.3. Änderung der Richtlinien für die Vergabe von Baugrundstücken **SV-Nr. 06//0731**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die dem Originalprotokoll im Original beigefügten Richtlinien für die Vergabe von Baugrundstücken wird beschlossen.**

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

12.4. Vorläufiges Rechnungsergebnis 2009 und Budgetausgleich **SV-Nr. 06//0738**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**1. Budget Verwaltung (Verwaltungshaushalt)**

**Die Budgetüberschreitungen der Budgets**

<b>10 – Innerer Service</b>	<b>- 11.334,60 €</b>
<b>13 - Sport, Kultur, Tourismus</b>	<b>- 64.219,72 €</b>
<b>21 - Bauverwaltung/Planung und Bautechnik/Umwelt</b>	<b>- 35.898,67 €</b>
<b>80 - Personal</b>	<b>- 29.281,60 €</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>- 140.734,59 €</b>

**werden genehmigt. Deckung erfolgt aus der Budgetverbesserung des Budgets 61 – Allgemeine Finanzwirtschaft.**

**2. Budget Vermögen (Vermögenshaushalt)**

<b>Die Budgetüberschreitung der Budgets</b>	
10 – Innerer Service	- 1.954,52 €
20 - Ordnung	- <u>27.298,82 €</u>
Insgesamt	- 29.253,34 €

**werden genehmigt. Deckung erfolgt aus der Budgetverbesserung des Budgets 11 – Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaftsförderung.**

### **3. Auflösung der Betriebsmittelrücklage**

**Die Entnahme aus der bisherigen Betriebsmittelrücklage in Höhe von 172.067,67 € und die Zuführung dieses Betrages vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt wird genehmigt.**

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

#### 12.5. Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2010 **SV-Nr. 06//0739**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 werden beschlossen.**

**Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2010-2013 wird beschlossen.**

**Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2010 wird mit der Änderung beschlossen, dass auf der letzten Seite dritter Absatz das Wort EWE geändert wird in EWE-Verband.**

**Der Bürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Fachbereichsleitern eine Reduzierung der nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen (Anlage 1 zum Haushaltssicherungskonzept) um mindestens durchschnittlich 5% zu vereinbaren und darüber hinaus Einsparung weiterer 120.000 € zu prüfen und bis 30.06.2010 vorzulegen. Ein gegenseitiger Ausgleich unter den Fachbereichen sollte möglich sein.**

RV Ratzel weist darauf hin, dass zum Haushaltssicherungskonzept ein Antrag der BfB-Fraktion vorliegt, der drei Punkte beinhaltet.

RM Freygang spricht zunächst im Namen seiner Fraktion den Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung für die Umsetzung des doppelten Haushalts aus, bei dem sich zur Zeit noch alle in einem Lernprozess befinden. Die Haushaltsprobleme sind nicht hausgemacht. Wichtigstes Ziel für seine Fraktion war, sich nicht kaputt zu sparen, um den Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor ein liebenswertes Schortens zu bieten, und zwar ohne Steuererhöhungen. Auch drastische Sparmaßnahmen würden seiner Meinung nach die Stadt nicht weiterbringen. Die Verwaltung hat auf jeden Fall alle politischen

Vorgaben der Einsparung und der Einnahmeverbesserung umgesetzt. Die Nettoneuverschuldung beträgt rd. 540.000 €. Augenmerk ist insbesondere auf die mittelfristige Finanzplanung zu richten, um den Schuldenstand von derzeit über 11 Mio. € nicht weiter anwachsen zu lassen, sondern ihn zu verringern. Die mögliche Reduzierung der freiwilligen Leistungen ist eine der nächsten Aufgaben auch im Rahmen des Controllings, die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit nachhaltig zu verbessern und das alles unter Einbeziehung der Thematik der von der EWE auszuschüttenden Beträge an den Landkreis und eine mögliche Verringerung der Kreisumlage. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Haushalt.

RM Sutorius erklärt, dass der vorliegende Haushalt erstmals nach dem System der doppelten Buchführung ausgestellt wurde und für die meisten Ratsmitglieder gewöhnungsbedürftig ist. Auch sind die Zahlen mit denen vom Vorjahr schlecht vergleichbar. Auf die Einzelheiten möchte er nicht näher eingehen. Die Umstellung auf die Doppik ist durch die Verwaltung nun im Wesentlichen abgeschlossen, was sehr viel Zeit und Arbeit gekostet hat. Daher möchte er sich im Namen seiner Fraktion bei der Verwaltung, insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei recht herzlich bedanken. Das Haushaltsminus rührt seiner Meinung nach aus der Finanzklarheit bedingt durch den Systemwechsel her. Bei der Kameralistik wurde bisher vieles nicht dargestellt, was jetzt dargestellt werden muss. Dazu kommt der Verlust aus der Zuweisung bedingt durch den Finanzeinbruch, mit dem nicht gerechnet werden konnte. Dass der Einbruch der Steuereinnahmen so stark ausfallen würde, hätte er seinerzeit nicht vermutet. Auf Dauer wird es auch weniger Gewerbesteueraufkommen geben, weil die Gewinnrechnung aufgrund hoher Freibeträge stark eingeschränkt wurde. Auch wenn sich die Konjunktur wieder erholt, wirken sich die jetzigen Steuerausfälle in voller Höhe aus. Trotzdem dürfen die Konsolidierungsbemühungen nicht aufgegeben werden, auch wenn vieles, selbst im Tiefbaubereich, dringend sanierungsbedürftig ist. Sicher müssen auch freiwillige Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden. Trotzdem werden die Steuersätze für 2010 nicht erhöht und er ist der Meinung, dass es für die Unternehmen schon eine Überlegung wert ist, ob sie einen Steuersatz der Gewerbesteuer von 350 % oder 410 % oder mehr bezahlen müssen. Auch die Höhe der Kreisumlage betrachtet er mit Sorge. Seines Erachtens müsste es möglich sein, dass der Landkreis sich hier zu Gunsten der Kommunen bewegt.

RM Eggerichs erklärt, wenn der Haushalt 2010 wie geplant verabschiedet wird, die Stadt mit ca. 12 Mio. € langfristigen Schulden einen Negativrekord aufgestellt. Auch die 2 Mio. € Unterdeckung im Verwaltungshaushalt haben eine dramatische Höhe erreicht. Vor diesem Hintergrund nützt es wenig zu sagen, dass es anderen Kommunen noch schlechter geht und der Hinweis, dass diese Lage nicht hausgemacht ist, führt nicht zu der Verringerung der Schulden. Wenn man jedoch zurückdenkt, haben sicher in der Vergangenheit alle im Finanzbereich ihre Fehler gemacht. Es nützt auch im Moment kein Blick in die Zukunft in Richtung Jade-Weser-Port oder Jade-Weser-Park. Ebenso sind der Blick auf Kreisumlage und die EWE zur Zeit

keine sicheren Hilfen. Bei der Kreisumlage ist zu bedenken, dass der Kreis auch Schulden hat und es auch für ihn eine Kommunalaufsicht gibt, die darauf hinweist, möglichst wenig an der Kreisumlage zu ändern, damit der Schuldenstand sich verringert. Für die Stadt Schortens gilt, sich selbst zu helfen. Der erste Schritt war die 5%ige Kürzung bei der Unterhaltung der Gebäude und Grundstücke, die fast einstimmig beschlossen wurde. Der zweite Schritt ist eine durchschnittliche Kürzung um 5 % bei den freiwilligen Leistungen zuzüglich eines Prüfauftrages um weitere 5 %. Seine Fraktion findet diese Lösung nicht ganz so glücklich, kann aber damit leben. Die Kürzungen der freiwilligen Leistungen und die Haushaltsehrlichkeit müssen seiner Meinung nach ausreichen, das strukturelle Fehlbild der Jahre 2011 bis 2013 in einer Höhe von insgesamt 700.000 € auszugleichen. In 2011 wird dieser Ausgleich noch nicht stattfinden, der in Zukunft Voraussetzung ist für einen genehmigungsfähigen Haushalt ist. Dieses Ziel sollte aber ab 2012 gelingen. Gefährdet ist dieses ehrgeizige Ziel allerdings durch die Steuerschätzung und außerdem durch die Steuersenkung des Bundes. Langfristige Schulden werden Ende des Jahres in Höhe von 12 Mio. € erwartet. Für die nächsten 3 Jahre ist laut Investitionsprogramm eine Neuverschuldung von 4,7 Mio. € vorgesehen. Das kann die Stadt sich wegen ihrer Steuerschwäche nicht leisten, so wird also gestrichen und verschoben werden müssen. Wenn es tatsächlich in 5 oder 6 Jahren gelingen sollte, die aufgelaufenen Unterdeckungen auszugleichen und eine Neuverschuldung zu vermeiden, sollte man aus der jetzigen Krise die Lehre ziehen, dass ein Polster für eine nächste Krise unumgänglich ist. Als nächstes müssen die langfristigen Schulden abgebaut werden, da in Zukunft wieder mit steigenden Zinsen zu rechnen ist, d. h. der Ergebnishaushalt wird wieder stärker belastet werden und das ist natürlich nachteilig. Im Ergebnishaushalt müssen Überschüsse erwirtschaftet werden, damit dem Finanzhaushalt etwas zugewiesen werden kann. Spielräume müssen für nachhaltige Investitionen geschaffen werden, wobei energetische Sanierungen nach Meinung seiner Fraktion Vorrang haben vor Sportplatzweiterungen. Über die Durchführung der energetischen Sanierung wird noch zu diskutieren sein. Es ist zu befürchten, dass die Folgen der Finanzkrise den Rat noch in den nächsten beiden Wahlperioden beschäftigen wird. Ob in dieser Phase ein Wegfall der Gewerbesteuer sinnvoll ist, wagt er zu bezweifeln. Zumindest entspricht dieses nicht der seit langem geforderten Gemeindefinanzreform, welche die kommunale Selbstverwaltung fordern sollte. Zusammenfassend kann er sagen, wichtige Ziele sind 1. Erreichen eines strukturell ausgeglichenen Verwaltungshaushalts und somit Vorlage eines genehmigungsfähigen Haushalts, 2. Abbau der auflaufenden Unterdeckung, 3. Verminderung von Neuverschuldung, 4. Abbau langfristiger Schulden, 5. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und 6. Augenmaß bei Visionen. Seine Fraktion stimmt dem Haushalt zu, was aber nicht bedeutet, dass bezüglich der Hundekontrolle ein Sinneswandel stattgefunden hat. Die Einführung der Doppik war für die Finanzverwaltung ein hartes Stück Arbeit, deshalb spricht er im Namen seiner Fraktion Herrn Schulte, Frau Idel und der dazugehörigen Mannschaft den Dank aus.

RM Just erklärt, dass seine Fraktion den Haushalt nicht ablehnen, sich

aber der Stimme enthalten wird. Er weist auf aus seiner Sicht Positives hin, was z. B. die Einnahmeseite betrifft. Seiner Meinung nach sucht der Rat an den richtigen Stellen und hebt sich gegenüber anderen Kommunen positiv ab, da eine große Einigkeit darüber besteht, dem Bürger trotz der Finanzkrise nicht in die Tasche zu greifen. Es ist richtig, den Landkreis darauf hinzuweisen, dass die Kreisumlage für die Kommunen zu hoch ist und ihn auch auf eine Beteiligung an der EWE-Ausschüttung anzusprechen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Formulierung im Haushaltssicherungskonzept fehlerhaft ist, da es sich nicht um eine Sonderausschüttung der EWE handelt, sondern um eine Sonderausschüttung der EWE-Kommunen an sich selbst. Diese Ausschüttung erfolgt aus dem Anteil des Verkaufserlöses, den die Kommunen erhalten haben. Daher sollte die Formulierung geändert werden von EWE auf EWE-Verband. Die Forderung nach einer Ausschüttung durch die EWE ist eine andere Sache. Seine Fraktion ist unbedingt der Meinung, dass die EWE aufgefordert werden sollte, eine höhere Dividende zu zahlen, da sie 1,35 Milliarden € durch die Kommunen bekommen hat, die sie angemessen verzinsen sollte. Daher sollte man sich beim Landkreis um eine angemessene Beteiligung bemühen. Kritisch sieht seine Fraktion die Ausgabenseite. Hier sind weitere Anstrengungen nötig und möglich. Dass die Probleme nicht hausgemacht sind, stimmt nur zum Teil. Die Finanzkrise hat die Stadt zwar ereilt, aber dass die mittelfristige Verschuldung von 10 Mio. € auf 15 Mio. € steigen wird, war im Haushalt schon, bevor die Finanzkrise überhaupt gekannt war. Auf diese mittelfristige Verschuldung ist die Stadt auch ohne Finanzkrise schon zugeschliddert. Er ist der Meinung, dass da noch etwas zu machen ist und daher hat seine Fraktion auch entsprechende Anträge gestellt, und zwar:

#### 1. Verkleinerung des Rates um 6 Sitze

Er erklärt dass die Politiker auf nicht notwendige Sitze verzichten und so ihre Bereitschaft zeigen sollten, einen Beitrag zur Haushaltsverbesserung zu leisten

#### 2. Reduzierung des Aufwandes für das Stadtmarketing bis 2013 um 50 %.

Er erklärt, dass der Zuschussbedarf für das Stadtmarketing mit 235.000 € inzwischen den Zuschussbedarf des Bürgerhauses übersteigt. Dies steht nach Ansicht seiner Fraktion in keinem Verhältnis zu Nutzen und Wahrnehmbarkeit. Während das Bürgerhaus zweckmäßig und wirtschaftlich betrieben wird, erscheint das Stadtmarketing aufgebläht und unangebracht auf Tourismus statt auf Gewerbeansiedlung und Grundstücksvermarktung ausgerichtet.

#### 3. Deckelung des Zuschusses zu einer möglichen Verlagerung der HFC-Sportanlage an die Schooster Straße auf die gutachterlich ermittelten Kosten für eine Sanierung und Erweiterung der Sportanlage am Klosterpark selbst.

Er erklärt, dass ein Umzug an die Schooster Straße lt. Planungsbüro

etwa 2 Mio. € teurer als eine Sanierung und Erweiterung der Anlage am Klosterpark selbst ist. Dem HFC sollte frühzeitig signalisiert werden, dass die Allgemeinheit für diese Mehrkosten nicht aufkommen kann.

RM Riemer erklärt, wenn auch ihre Fraktion dem Haushalt zustimmt, dürfen doch die Diskrepanzen nicht unerwähnt bleiben. Für Ihre Fraktion sind die Kürzungen beim Etat der vier neu entstehenden Ganztagschulen nicht hinnehmbar. Die Stadt hat die Schulen dazu gedrängt, in den Ganztagsbetrieb zu gehen und das vorbildliche Kinderbetreuungskonzept zu ergänzen. Sie ist der Meinung, dass man die Schulen jetzt nicht im Regen stehen lassen kann. Ganztagschule werden bedeutet auch immer einen erhöhten Verwaltungsaufwand. Hier statt besserer Ausstattung auch noch Kürzungen vorzunehmen ist kontraproduktiv und bietet den Schulen keine guten Voraussetzungen beim Start. Kürzungen im Bereich der Ganztagschulen hält Ihre Fraktion für das falsche Signal.

RM Schauderna erklärt, dass seine Gruppe Bündnis90/Die Grünen-DieLinke dem Haushalt nicht zustimmen wird. Schuld an der Haushaltssituation ist seiner Meinung nach nicht nur die Finanzkrise, sondern sind auch die Schlüsselzuweisungen, die seit Jahren von den jeweiligen Landesregierungen zurückgefahren werden. Viele Gesetze der Bundesregierung gehen auch zu Lasten der Kommunen. Wenn die Kommunen unzureichend von Bund und Land mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, wird die kommunale Selbstverwaltung gezielt untergraben. Es liegt auch in der Hand der zahlreichen kommunalen Politiker der CDU und FDP auf Landes- und Bundesebene, innerparteilich Druck auszuüben für eine Kurskorrektur. In den letzten Monaten wurden in den Fachausschüssen mit Blick auf die angespannte Haushaltslage immer wieder Anträge abgelehnt, die mit Beträgen von 500 bis 1.500 € von geringer finanzieller Bedeutung waren, aber von großem Nutzen gewesen wären. Gleichzeitig gab es aber nichts Wichtigeres, als in dieser angespannten Haushaltslage zwei Ordnungskräfte für die Überwachung der Anleinplicht einzustellen, den Prozess zum staatlich anerkannten Erholungsort einzuleiten oder den Umfang des Stadtmarketings, das von Anfang an von seiner Gruppe in Frage gestellt wurde. Stattdessen werden pauschale Kürzungen teilweise auch in umstrittenen Bereichen vorgenommen. Das kann seine Gruppe nicht mittragen und lehnt daher den Haushalt ab.

RM Homfeldt ist erfreut, dass bisher eine sachliche und harmonische Diskussion zum Haushalt geführt wird. Das zeigt ihm, dass man gemeinsam als Stadtrat, trotz aller unterschiedlichen Vorstellungen, die bestehen, in die richtige Richtung arbeitet, auch wenn Detailfragen strittig sind. Dem von RM Schauderna angesprochene Problem auf Landes- und Bundesebene stimmt er zu. Auch er ist der Meinung, dass das aus den Kommunen nochmals deutlich gemacht werden muss, denn die Kommunen sollten keine Lasten tragen, die sie nicht zu verantworten haben. Die Ordnungskräfte, die eingestellt wurden, haben schon umfangreiche Arbeit geleistet. So konnte man im Ort feststellen, dass es trotz des langen Winters eine deutlich bessere Situation auf den Gehwegen und somit eine bessere Sicherheitssituation für die

Bürger gab. Es wurde das Gespräch mit den Bürgern gesucht um Einsicht zu erzeugen, denn grundsätzlich geht es nicht darum, Strafzettel zu verteilen, sondern die Situation in unserer Stadt für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Zu den Haushaltskürzungen und zur Ablehnung der kleineren Förderbeiträge weist er darauf hin, dass z. B. seine Fraktion gemeinsam mit der bürgerlichen Mehrheit zugestimmt hat, dass der Förderverein Familienzentrum einen Zuschuss in Höhe von 3.000 €/jährlich für die kommenden Jahre erhält, weil dieses Projekt für wichtig gehalten wird und hierdurch auch die Eltern erreicht werden. Hinsichtlich der Budgetkürzungen für die Ganztagschulen weist er darauf hin, dass ein Beschluss gefasst wurde, in diesem Jahr für die Einrichtung der Ganztagschulen 100.00 € zur Verfügung zu stellen. Bei der angesprochenen Kürzung handelt es sich um einen Betrag von 7.400 € für die Verfügungsmittel. Von den Schulen wurde bereits signalisiert, dass diese Kürzung für sie kein Problem darstellt. Was die Marketingabteilung anbelangt, so ist er der Meinung, dass hier keine Kürzung vorgenommen werden sollte. Allerdings sollten die Aktivitäten des Stadtmarketings noch deutlicher öffentlich gemacht werden, damit nachvollziehbar wird, welche Arbeit dort geleistet werden muss. Die Stadt hat nur die Chance, von der positiven Entwicklung dieser Region zu profitieren, wenn sie aktiv bleibt und touristische Produkte schafft. Zum Haushalt merkt er an, dass er guten Mutes ist, dass man sich gemeinsam an die Verbesserung heranmachen wird und er wünscht sich, dass diese gute Arbeitsklima auch bei allen Unterschieden und Differenzen, die bestehen, erhalten bleibt, damit es in diesem wichtigen Haushaltsjahr zu einem Wettstreit der Ideen kommt, wie der Haushalt zu verbessern ist. Klar ist aber auch, dass dies nicht von heute auf morgen geschehen kann. Aufgrund der eingeführten Doppik betrachtet er den Haushalt 2010 als Übergangshaushalt und ist sicher, dass alle gemeinsam die Kraft haben, dieses Ziel, nicht nur keine Neuverschuldung, sondern mittelfristig auch ein Schuldenabbau vornehmen zu können und notfalls unpopuläre oder harte Entscheidungen auch einmütig zu treffen. Wenn das klappt, wird die Stadt gut dastehen.

RM Torkler weist darauf hin, dass der Rat in seiner Gesamtheit der Gewährung des Zuschusses an das Familienzentrum zugestimmt hat. Er geht nochmals auf das Budget der Ganztagschulen ein und bemängelt die Kürzungen. Zu den bereits genannten Kritikpunkten weist er noch auf einen weiteren Punkt hin, und zwar die Erhöhung der Unterhaltungskostenpauschale für Sportvereine. Hier sieht seine Fraktion eine Ungleichbehandlung der Vereine in Schortens. Die Angelegenheit wird zwar aufgrund einer Nachfrage seiner Fraktion noch einmal geprüft, doch die Argumentation, dass jetzt keine Änderung mehr vorgenommen werden kann, weil der Haushaltsplan schon gedruckt ist, kann er nicht nachvollziehen. Sodann geht er auf die Einrichtung des Marketingbüros ein und erklärt, dass seine Fraktion dies seinerzeit unterstützt und auch mit beschlossen hat. Der Zuschussbedarf der Marketingabteilung übersteigt jedoch den des Bürgerhauses, wo kreative und vorbildliche Arbeit geleistet wird und das muss man hinterfragen. Seine Fraktion wird dies sehr kritisch und aufmerksam begleiten.

BM Böhling geht kurz auf die unzureichende Mittelausstattung im Rahmen des Finanzausgleichs durch das Land und die Folgewirkungen des aktuellen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes ein. Außerdem hätte er persönlich gerne die Mittel für die Ganztagschulen erhalten gewusst. Weiterhin weist er auf wesentliche Investitionen für das Haushaltsjahr 2010 hin.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen der RM Borkenstein, Kniefelkamp und Homfeldt wird wie folgt beschlossen:

1. Vorschlag von RM Just, im Haushaltssicherungskonzept das Wort EWE durch EWE-Verband auszutauschen.

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

2. Anträge der BfB-Fraktion

- a) Verkleinerung des Rates um 6 Sitze

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

- b) Reduzierung des Aufwandes für das Stadtmarketing bis 2013 um 50 %

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

- c) Deckelung des Zuschusses zu einer möglichen Verlagerung der HFC-Sportanlage an die Schooster Straße auf die gutachterlich ermittelten Kosten für eine Sanierung und Erweiterung der Sportanlage am Klosterpark selbst.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

3. Beschlussvorschlag des Fachausschusses

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen, beschlossen.

13. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 16. 03. 2010

- 13.1. Öffentlicher Verabschiedungsappell von Objektschutzkontingenten in den Einsatz nach Afghanistan am 05. 05. 2010 vor dem Bürgerhaus **SV-Nr. 06//0767 A**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die Stadt Schortens als Standortgemeinde des Objektschutzregiments der Luftwaffe „Friesland“ führt in Zusammenarbeit mit dem Objektschutzregiment die öffentliche Verabschiedung des Einsatzkontingentes II/2010 am Mittwoch, dem 05. 05.2010 ab 14.00 Uhr vor dem Bürgerhaus in Schortens durch.**

RM Homfeldt erklärt, dass die CDU und ihre Partner diesen Beschlussvorschlag begrüßen und ihn vorbehaltlos unterstützen. Seine Fraktion würde sich wünschen, dass anhand dieses Beschlussvorschlages nicht über Dinge diskutiert werden muss, die außerhalb des Einflusses des Rates liegen. Der Rat hat nicht über Sinn und Unsinn dieses Einsatzes zu entscheiden, sondern darüber, ob die Soldatinnen und Soldaten, die hier in Schortens ihren Dienst versehen und jetzt in den Einsatz geschickt werden, mit dem entsprechenden Respekt und der entsprechenden Würdigung für ihren Einsatz verabschiedet werden. Er würde sich wünschen, wenn dieser Stadtrat ein deutliches Zeichen dafür setzen würde, dass die Stadt Schortens sich eng verbunden fühlt mit den Soldatinnen und Soldaten hier am Standort Schortens. Daher bittet er um Zustimmung.

RM Knefelkamp erklärt, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan parteiübergreifend in der Kritik ist. Er kennt Soldaten, die in Afghanistan und im Kosovo waren und wissen, was dort tagtäglich passiert. Vieles davon wird in den Medien überhaupt nicht berichtet. Er findet deshalb, dass es eine Verpflichtung für den Rat ist, die Soldatinnen und Soldaten hier offiziell zu verabschieden. In Afghanistan haben sie einen schweren Dienst zu leisten und dafür haben sie Respekt und Anerkennung verdient und dass sollte durch die Anwesenheit des Rates demonstriert werden.

RM Schauderna erklärt, dass er gegen den Beschlussvorschlag stimmen wird. Bei der heutigen Entscheidung geht es nicht darum, ob der Krieg gerecht ist oder ob die Beteiligung der Bundeswehr an diesem Krieg zu unterstützen ist oder nicht. Es wird auch nicht darüber entschieden, ob die Soldatinnen und Soldaten aus Schortens in den Kriegseinsatz ziehen oder ob sie in Schortens bleiben dürfen. Sodann gibt er einige grundsätzliche Erklärungen zu diesem Krieg. Die Teilnahme der Bundeswehr an diesem Krieg wird von einer überwiegenden Mehrheit der Deutschen abgelehnt. Trotzdem oder gerade deshalb soll hier der Beschluss gefasst werden, die Verabschiedung von etwa 100 Soldatinnen und Soldaten vor dem Bürgerhaus öffentlich zu veranstalten. In der neuen Sitzungsvorlage heißt es, die Stadt würde damit ihre Anteilnahme und ihre Verbundenheit sowie gute Wünsche für das persönliche Wohlergehen der Soldatinnen und Soldaten besonders zum Ausdruck bringen. Dem kann er sich grundsätzlich anschließen. Auch er wünscht sich, dass alle Soldatinnen und Soldaten wohlbehalten wieder nach Schortens zurückkommen ohne körperliche oder seelische Verletzungen, die ein solcher Kriegseinsatz mit sich bringen kann. Er ist der Meinung, wenn man aber die erste Fassung der Sitzungsvorlage gelesen hat, kann man den Eindruck bekommen, dass die eigentliche Intension dieses öffentlichen Appells eine andere ist, nämlich dass man mit dieser Veranstaltung erreichen möchte, die Akzeptanz für diesen Krieg in Afghanistan in der Bevölkerung zu erhöhen. Er hofft, dass dies nicht gelingen wird.

RM Schüder wünscht sich ein weniger militärisches Zeremoniell, sie wird sich bei der Abstimmung über dies enthalten.

RM Just ist vor dem Hintergrund, dass es um das persönliche Wohlergehen der Soldaten geht, einverstanden.

RM Gamperl befürwortet den Beschlussvorschlag ohne Einschränkungen.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen der RM Schüder, Gamperl und Just wird wie folgt beschlossen:

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen beschlossen.

14. Anfragen und Anregungen:

14.1. RM Schüder fragt an, warum es für Punkte, die nur zur Kenntnis genommen werden sollen, Beschlussvorschläge gibt.

BM Böhling erklärt, dass gem. NGO eine Verpflichtung besteht, bestimmte Angelegenheiten dem Rat zur Kenntnis zu geben.

RV Ratzel merkt an, dass er bei den Punkten, die zur Kenntnisnahme vorlagen, auch eine andere Formulierung hätte wählen können.

14.2. RM Bödecker weist darauf hin, dass es neben der Autobahnabfahrt eine Erdaufschüttung gibt und fragt, ob der Verwaltung darüber etwas bekannt ist.

BM Böhling sagt eine Überprüfung zu.

RV Ratzel bedankt sich namens des Rates bei der VA Poppinga, die letztmalig das Protokoll führte, für die langjährige, immer freundliche Zusammenarbeit und wünscht ihr einen gesunden Ruhestand. Er schließt die öffentliche Ratssitzung.